

Ein Zankapfel namens Fessenheim

Akw-Chef nährt Zweifel am Abschaltdatum / Deutsche Seite zeigt sich empört / Oettinger wirbt für standortnahe Entsorgung

Von Bärbel Nückles und Stefan Hupka

COLMAR/FREIBURG. Steht die Stilllegung des Akw Fessenheim plötzlich wieder auf der Kippe? Akw-Direktor Marc Simon-Jean schockierte die deutschen Vertreter in der Fessenheim-Kommission (Clis) am Dienstag mit Äußerungen zu einer verzögerten Abschaltung – zumindest von Block 2. Unterdessen appellierte EU-Kommissar Günther Oettinger an deutsche Kompromissbereitschaft bei einer künftigen Nachnutzung des Standorts.

Laut Akw-Chef Simon-Jean ist der Fessenheim-Prozess nach wie vor an den Fortgang des Baus des neuen Akw in Flamanville gekoppelt. Diese Koppelung galt schon einmal als erledigt. Dass wieder Zweifel am Fahrplan gesät werden – Stilllegung und Konversion sind Teil einer Projektliste zum deutsch-französischen Aachener Vertrag – hat einen erstaunlichen Grund. Simon-Jean beruft sich darauf, dass die Frage der Entschädigung von Electricité de France (EdF) nach wie vor nicht abschließend geklärt sei. Dafür sei erst eine Kommission zu gründen.



Günther Oettinger

Simon-Jeans Äußerungen werfen den deutsch-französischen Abstimmungsprozess zur Stilllegung des Akw empfindlich zurück – wenigstens atmosphärisch. Die Freiburger Regierungspräsidentin Bärbel Schäfer zeigte sich am Dienstag überrascht und empört. In letzten Gesprächen mit französischen Regierungsvertretern sei klar gewesen, so Schäfer, dass beide Blöcke 2020 abgeschaltet werden. „Jetzt hören wir, dass der Prozess wieder von dem Fortgang der Arbeiten in Flamanville abhängt. Wir haben uns verlassen auf die Zusicherungen der Regierung.“

Regionalvertreter möchten das Wort nuklear nicht mehr hören

Im Frühjahr 2018 hatte Staatssekretär Sébastien Lecornu im damals neu gegründeten Lenkungsausschuss erklärt, die französische Stromversorgung sei in jedem Fall gesichert – woran Stilllegungsgegner wie Simon-Jean nun wieder Zweifel nähren. Zudem betonte der Akw-Direktor jetzt in Colmar wieder die Unabhängigkeit der EdF gegenüber politischen Entscheidungen. Das erklärt auch, warum EdF nach wie vor keine formale Erklärung zur Stilllegung abgegeben hat. Ein Umstand, den auch die Straßburger Atomaufsicht bemängelt.

„Wir erwarten, dass man endlich mit einer Zunge spricht“, fordert die Freiburger Regierungspräsidentin. Die Unklarheit auf französischer Seite könne sie der deutschen Bevölkerung nicht mehr zumuten. Eine Abschaltung des älteren Blocks 1 zumindest dürfte nicht verhandelbar sein: Seine Betriebsgenehmigung läuft Ende Februar 2020 aus. EdF hat keine Verlängerung beantragt.

Auf binationale Kontroversen steuert auch die Frage zu, was mit dem Standort Fessenheim nach einer Akw-Stilllegung passieren soll. Wie berichtet, will EdF



Rätseln um EdF-Pläne in Fessenheim FOTOS: PATRICK SEEGER (DPA) / WERKSFOTO

dort eine Anlage („Technocentre“) errichten, in der radioaktive Reaktorbauteile zerlegt und dekontaminiert werden sollen – und zwar nicht nur Teile aus Fessenheim. Die Mitte des Monats bekanntgewordenen Pläne haben in Deutschland bereits viel Kritik hervorgerufen, unter anderem von Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD) und der grün-schwarzen Landesregierung.

Bei einer Podiumsdiskussion in Freiburg mit Bärbel Schäfer und der Präsidentin des oberelsässischen Regionalrats, Brigitte Klinkert, warb Oettinger am Montagabend für Kompromissbereitschaft. „St. Florian ist zu wenig“, sagte der EU-Haushaltskommissar und CDU-Politiker. Radioaktives Material müsse nach einer

Abschaltung „bis zum bitteren Ende“ behandelt und dann endgültig eingelagert werden. Und man müsse Wege finden, wie und wo man diese Aufgabe angeht. Da gehe es den Deutschen mit ihren abgeschalteten Atomkraftwerken nicht anders als den Franzosen mit den ihren.

Dagegen erklärten Bärbel Schäfer und Brigitte Klinkert übereinstimmend, die EdF-Pläne seien „kein gutes Zeichen“ für die Zukunft des Standorts. Sie würden im Zusammenhang mit Fessenheim gern bald „nicht mehr von ‚nuklear‘ sprechen“ (Klinkert). Vielmehr solle der Ortsname ein neues Image bekommen. Klinkert sprach von einem Technologiezentrum für nachhaltige Energie – auch zum Erhalt der entfallenden Akw-Arbeitsplätze.